

LAUDATIO

24. NOVEMBER 2011 / ERNENNUNG VON PROF. DR. PAUL KIRCHHOF
ZUM „VORDENKER 2011“ DURCH DIE FINANZBERATUNGSGESELLSCHAFT
PLANSECUR / PETER VOSS

Sehr geehrter Herr Kirchhof, sehr geehrte Frau Kirchhof, meine Damen und Herren,

als Präsident der Quadriga Hochschule Berlin, einer staatlich anerkannten, privaten Hochschule für Kommunikationsmanagement, interessiere ich mich u. a. für das Phänomen der Markenbildung. Der Name der Stadt Heidelberg z. B., eine Weltmarke zweifellos, wirkt von New York bis Shanghai als teils seriöses, teils auch nur sentimentales Etikett deutscher Romantik, symbolisiert durch die berühmte Schlossruine und durch nicht minder berühmte Namen von Arnim und Brentano bis Eichendorff. Mindestens so ehrwürdig und nachhaltiger noch erscheint mir freilich die andere Heidelberger Traditionslinie, nämlich die der inzwischen auch amtlich beglaubigten und weltweit anerkannten wissenschaftlichen Exzellenz.

Die Ruprecht-Karls-Universität zu Heidelberg, die in diesem Jahr als die nach Prag und Wien älteste deutschsprachige Universität ihr 625jähriges Bestehen feiert, brachte und bringt bis heute viele ebenso exzellente wie berühmte Wissenschaftler hervor, nicht zuletzt im Bereich der Geistes- oder, wie ich lieber sage, der Kulturwissenschaften. So wirkte hier, nach den Neukantianern Windelband und Rickert, der Begründer der modernen Soziologie, Max Weber. Er wie dann auch Alfred Weber, Gustav Radbruch, Ernst Troeltsch, Martin Dibelius, Karl Jaspers und, fast noch bis in unsere Tage, Hans-Georg Gadamer, um nur ganz wenige Namen beispielhaft zu nennen, erwiesen sich vor und nach dem Zweiten Weltkrieg als Wegbereiter, oder sollen wir sagen, als Vordenker des schließlich doch noch gelingenden Aufbruchs unserer Nation in eine Moderne, die bei aller Modernität ihre Traditionsgebundenheit nicht verleugnen kann und sollte.

Umso bemerkenswerter finde ich es vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, dass es nur einem, wirklich nur einem Einzigen gelungen ist, den Ehrentitel „Der Professor aus Heidelberg“ zu erringen, mit dem er im Wahlkampf 2005 ausgerechnet vom politischen Gegner, einem u. a. auch polemisch sehr begabten leibhaftigen Bundeskanzler zudem, geadelt worden ist. Dass gerade daraus ein veritables Markenzeichen des Betroffenen geworden ist, lag freilich nicht in der Absicht des Erfinders. Heute aber können wir diesen Titel noch toppen und sagen: „Der Vordenker aus Heidelberg“, weil er die Reihe der von mir genannten, wegweisenden Denker auf überzeugende Weise fortsetzt.

Dazu, lieber Herr Kirchhof, gratuliere ich Ihnen herzlich!

Gegen die Überforderung des Bürgers

Das Wort Vordenker ist wahrlich nicht zu anspruchsvoll. Welche der vielen Kirchhofschen Publikationen man auch aufschlägt – nach wenigen Sätzen kann auch der kritische Leser nicht umhin zu bewundern, wie sich hier der klare Blick, die weite Perspektive, der wache Sinn für Möglichkeiten und Gefahren und damit für die existentiellen Notwendigkeiten unseres Gemeinwesens verbindet mit der unbestechlichen Genauigkeit seines Denkens und der bestechenden Eleganz seiner Sprache. Die Prägnanz seiner Lehre und seiner Lehren - er ist vom Hochschullehrer ja längst zu einem Lehrer der Nation avanciert, wobei er mit anderen großen Lehrern das Schicksal teilt, dass seine Adressaten, nicht zuletzt jene in der politischen Klasse, ihn gern loben und ihm nicht ganz so gern folgen – diese Prägnanz beruht nicht zuletzt darauf, dass er ebenso differenziert wie knapp zu argumentieren vermag. Da gibt es kein leeres Barock - er macht notgedrungen zwar nicht wenige, aber durchaus keine überflüssigen Worte.

Und das gilt nun nicht etwa nur für das jüngst vorgelegte Steuergesetzbuch, mit dem er, ohne in irgendjemandes Auftrag zu handeln, aus reinem, wissenschaftlichen Interesse, wie er sagt, aber, wie ich hinzufüge, sehr wohl im Interesse des Gemeinwohls, einen ebenso voluminösen wie undurchschaubaren Gesetzeswust zu einem Text von gerade einmal 146 Paragraphen reformiert und komprimiert, um es uns, den Bürgern und Steuerzahlern, überhaupt zu ermöglichen, all das, was der Gesetzgeber von uns auf diesem Feld erwartet, erst einmal zu verstehen und damit dann auch sorgsam und ohne die kostspielige Hinzuziehung einschlägiger Spezialisten zu beachten. Dass der Staat seine Bürger nicht überfordern und nicht in Versuchung führen darf, auch nicht durch die jede Verständnismöglichkeit überwuchernde Komplexität und Intransparenz der Gesetze, die geltenden Regeln zu missachten, zu brechen oder zu umgehen, ist eine der Maximen, die ihn dabei leiten.

Wissenschaftler mit Leidenschaft

Apropos Komplexität: Dass die Undurchschaubarkeit nicht nur etwa der finanzwirtschaftlichen, sondern auch der politischen Probleme und Prozesse, wechselseitig bedingt durch die Globalisierung wie auch durch die technologische Entwicklung, immer noch und immer schneller zunimmt, und mit ihr die Gefahr einer permanenten Überforderung von Politik, Medien und Bürgern gleichermaßen, ist keine neue oder gar originelle Erkenntnis. Nicht die Politik stellt sich heute als „das geduldige Bohren dicker Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß“ dar, um das bekannte Wort Max Webers aufzugreifen, sondern offenkundig nur noch

die Wissenschaft selbst, jedenfalls wenn sie so betrieben wird, wie Paul Kirchhof sie betreibt.

Von der Fülle seiner wissenschaftlichen Publikationen auf herausragendem Niveau kann hier nur kurz die Rede sein. In diesen Werken vereinen sich die Qualitäten des Forschers mit denen des Hochschullehrers – ihm ist es, allen gegenläufigen Tendenzen zum Trotz, noch gegeben, die Humboldtsche Einheit von Forschung und Lehre mit Engagement und Erfolg vorzuleben. Er geht gern in den Hörsaal, wie er bekennt, und offenkundig nimmt er aus dem Hörsaal auch einiges an Anregungen und Fragen mit, um sie wissenschaftlich fruchtbar zu machen.

Ein beispielhaftes Produkt dieses Wirkens ist das von ihm gemeinsam mit Josef Isensee herausgegebene 12bändige Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, in dem er 130 Autoren versammelt hat - übrigens samt und sonders Ordinarien, deren, sagen wir mal, auseinanderstrebende Linien zu einem gleichwohl stimmigen Gesamtbild zu vereinen es mit dem sprichwörtlichen Versuch, einen Sack Flöhe zu hüten, als Herausforderung an Geistespräsenz, Kraft und Ausdauer gewiss aufnehmen kann.

Ein Verfassungsrichter mit Gestaltungskraft

Und gerade diese seine Fähigkeit, Widerstrebendes kraft überlegener Argumentation zusammenzuführen und es dabei nicht etwa nur in kompromisshafter Suche auf ein vage umrissenes Minimum an Gemeinsamkeit zu reduzieren, sondern mit dem Blick nach vorn unter der Prämisse des Rechts auch ordnungspolitisch zu gestalten, zeichnet auch die bleibende Leistung des Verfassungsrichters Paul Kirchhof aus, die auf mehr als einem Feld die Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichts geprägt hat. Auch hier mag vielen Beobachtern vor allem das Finanz- und Abgabenrecht in bleibender Erinnerung sein, verbunden mit dem bekannten Stoßseufzer des einstmaligen Bundesfinanzministers Theo Waigel, Paul Kirchhof sei unser „teuerster Verfassungsrichter“. Dass dieser Richter, mit durchaus politischer Wirkungsabsicht, hier u. a. als Förderer der „klassischen“, vom Grundgesetz ja durchaus gewollten und geschützten Familie hervortrat, machte ihn mir als bekennendem Familienvater allerdings lieb und teuer – das Wort mögen Sie hier bitte nur im Sinne einer sachlich wohlbegründeten, außerordentlichen Wertschätzung verstehen.

Dieser unbefangene, aber eben rechtlich gebundene und ordnungspolitisch verantwortete Gestaltungswille kennzeichnet aber auch viele andere wegweisende und folgenreiche Karlsruher Urteile, die Paul Kirchhof als Berichterstatter des Gerichts maßgeblich geprägt hat. Das zeigte sich mit fortdauernder Wirkung besonders auch auf dem Feld der Außen- und

Europapolitik zu einer Zeit, da das wiedervereinigte Deutschland sich außenpolitisch quasi neu erfinden und seine Handlungsräume, also die Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Grenzen seines internationalen Agierens, neu bestimmen musste. Ob es um das Kosovo ging oder um Somalia, ob konkret über AWACS-Einsätze oder grundsätzlich um die Europäische Union und ihre „Verfassung“, um „Maastricht“ oder „Lissabon“ – Paul Kirchhof bewies Urteilskraft, Umsicht und Mut bei der Rückkoppelung von Gesetzgebung und Exekutive an das Grundgesetz.

Defizit an Rechtstreue, Defizit an Demokratie

Um es einmal mit meinen Worten auf den Punkt zu bringen: Ich habe den Eindruck, unser Verfassungsgericht hält durchaus an der schon von ihm gezogenen Linie fest, dass das Parlament sich nicht, auch nicht um einer hochgemuten Idee, Vision oder Utopie wie etwa der Vereinigten Staaten von Europa willen seiner Entscheidungsrechte begeben und damit pflichtvergessen selbst entmachten darf.

Und dies nicht um einer spätromantischen Idee des Nationalstaats willen, sondern wegen des zunehmenden Demokratiedefizits, ja des Defizits an Rechtstreue, das gerade jetzt im Kontext der Staatsschuldenkrise auf der europäischen Ebene wie auch auf der nationalstaatlichen Ebene sichtbar wird – eine Entwicklung, die Paul Kirchhof alarmiert und uns alle alarmieren sollte.

Wir befinden uns ja längst nicht nur in einer Akzeptanzkrise der europäischen Institutionen, sondern auch in einer schleichenden Akzeptanzkrise der parlamentarischen Demokratie, während sich die öffentliche Debatte einseitig auf die monetären und wirtschaftlichen Aspekte konzentriert. In diesem Kontext fand ich es faszinierend, wie vorhin in der Podiumsdiskussion zum Teil nach dem Muster argumentiert wurde, dass das Recht gleichsam durch übergeordnete, vermeintlich alternativlose Notwendigkeiten, wenn man so will durch „höhere Gewalt“, außer Kraft gesetzt werde und man das eben hinnehmen müsse. Auf diese Weise wurde ja letztlich auch „argumentiert“, als kürzlich der Bundeswirtschaftsminister wegen angeblicher Verunsicherung der Märkte von der eigenen Regierungschefin wie ein Schuljunge abgekanzelt und geradezu demontiert wurde, nur weil er gesagt hatte, was ohnehin jeder wusste, nämlich dass es sehr wohl eine Alternative gab.

Nur Transparenz ist akzeptabel

Erlauben Sie mir dazu eine Anmerkung – durchaus im Sinne Paul Kirchhofs, wie mir scheint: Es trifft sicherlich zu, dass auch die – faktisch ja längst eingetretene – Insolvenz Griechenlands, konsequenterweise verbunden mit dem Rückzug aus dem Euro und der Rückkehr zur Drachme, viel Geld

gekostet hätte – nämlich das Geld, das unser Staat einsetzen müsste, um systemrelevante deutsche Institute, seien es nun Banken oder Versicherungen, die sich mit griechischen Staatspapieren übernommen haben, zu stützen, allerdings mit der Maßgabe, dass diese Institute das Geld zurückzahlen müssen, wenn sie sich erholt haben. Doch das wäre immerhin ein für die deutschen Steuerzahler transparentes und nachvollziehbares und somit demokratisch akzeptables Verfahren gewesen. Die Griechen wiederum hätten dann ihre Währung abwerten, ihre Probleme ohne europäische Bevormundung lösen und ihr Land für Investitionen, nicht zuletzt aus Deutschland, wieder attraktiv machen können. Statt offen und ernsthaft die Alternativen zu diskutieren, versucht die Regierung es lieber mit Denkverboten – ein Paul Kirchhof freilich ist offenkundig nicht dafür zu haben, wegen angeblicher Alternativlosigkeiten geltendes Recht zu missachten.

Bei alledem ist er, der Mann des Rechts, durchaus auch ein Mann des Gleichgewichts, der immer neu herzustellenden Balance zwischen den sogenannten Grundwerten von Freiheit und Gleichheit zum einen, Freiheit und Sicherheit – und damit Ordnung – zum anderen; denn nur in dieser Balance von absolut notwendigen, aber für sich genommen jeweils nicht hinreichenden und zudem einander ja nicht nur bedingenden und ergänzenden, sondern miteinander konkurrierenden Grundwerte lässt sich der Grund-Wert schlechthin, die im Grundgesetz über alles gesetzte Menschenwürde, bewahren, verteidigen oder, wo sie missachtet und verletzt worden ist, wieder zur Geltung bringen.

Es geht um die Akzeptanz der Demokratie

„Das Maß der Gerechtigkeit“ heißt bezeichnenderweise eins seiner zahlreichen, so kenntnisreich und wohldurchdacht und zugleich mit Leidenschaft verfassten und deshalb stets lesenswerten Bücher, und darin klingt der Gedanke des Gleichgewichts, den Justitia mit der Waage verkörpert, schon an. Die Überzeugungskraft seiner berühmt gewordenen Vorschläge und Urteile beruht nach meinem Dafürhalten nicht zuletzt darauf, dass hinter der Kühnheit der Konzeption eben diese Kirchhofsche Kraft des Maß- und Balancehaltens erkennbar wird, mit der er ebenso den Staat als hemmungslosen Steuereinnahmer rechtlich eingrenzen will, wie er diesen Staat wiederum zu stärken versucht, wenn es darum geht, einem enthemmten, anonymen Finanzmarkt die Stirn zu bieten, der den eigentlichen Souverän, die vielbeschworenen mündigen Bürgerinnen und Bürger, zu entmündigen droht.

Ich darf hier nochmals an die Podiumsdiskussion anknüpfen, in der es hieß, dass eine Finanztransaktionssteuer dazu führen müsste, dass sich große Finanzplätze wie London und New York in irgendwelche obskuren

Steuerparadiese etwa in der Karibik verlagern würden. Das möchte ich mir als alter politischer Journalist nun doch nicht weismachen lassen – als ob nicht schon allein die USA, bei denen diese scheinselfständigen Zwergstaaten doch alle irgendwie am Tropf hängen, über genügend Möglichkeiten verfügten, Druck zu machen und den jeweiligen Sumpf trockenulegen. Die Wahrheit scheint mir doch etwas einfacher zu sein: Diese Steuer kommt nicht, weil die Angelsachsen sie nicht wollen, und sie wollen sie nicht, weil die Regierungen in Washington und London vor dem Druck der einschlägigen Lobby in die Knie gegangen sind.

Das ist gerade im Blick auf die Frage nach der Akzeptanz der Demokratie, wie sie Paul Kirchhof umtreibt, ein ernstes Problem. Es ist schlechthin nicht auf Dauer vermittelbar, jedenfalls nicht in einer größeren Krise, wie sie uns womöglich ins Haus steht, dass das von Normalverdienern durch Arbeit erworbene Einkommen weit härter besteuert wird als das Einkommen, das deutlich reichere Leute erwerben, indem sie ihr Kapital für sich arbeiten lassen. Es wird höchste Zeit, dass endlich auch die Finanzwirtschaft über den Tellerrand ihrer unmittelbaren Interessen hinausblickt – eine dramatische Krisensituation mit der entsprechenden politischen Radikalisierung könnte ihr sonst „Regulierungen“, Einschränkungen und Kontrollen bescheren, gegen die sich eine Finanztransaktionssteuer harmlos ausnimmt.

Weder Versorgungsstaat noch Nachtwächterstaat

Als unideologisch denkender Konservativer weiß Paul Kirchhof, dass weder der allumfassende Versorgungsstaat noch ein sich hinter der Globalisierung und ihren tatsächlichen und vermeintlichen Erfordernissen versteckender oder gar vor ihnen kapitulierender neuer Nachtwächterstaat auf Dauer als freies Gemeinwesen bestehen kann. Und er weiß ebenso, wie sehr es dazu intakter vorstaatlicher Institutionen bedarf, mag es da um Kirche oder Familie, mag es um den Rundfunk oder um die Universität gehen, weil die berühmte Einlassung seines Kollegen Ernst-Wolfgang Böckenförde, nach der der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann – was er übrigens auch über den freien und ohnehin säkularen Markt hätte sagen können –, weil ja auch diese vielzitierte Sentenz nicht die ganze Wahrheit enthält. Denn der Staat kann ja durch politisches Handeln oder Unterlassen diese Voraussetzungen zumindest schwächen oder auch stärken, etwa indem er im Bildungswesen den Gedanken der Erziehung – und nicht nur einer mehr oder weniger zweckmäßigen Ausbildung – endlich neu zur Geltung bringt.

Dazu gehört dann gewiss auch die Vermittlung der Einsicht, dass die Demokratie allerdings von unserer Bereitschaft als Bürger lebt, unsere vielfältigen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten aus eigenem

freien Willen auch tatsächlich wahrzunehmen und zu nutzen, eben weil der Staat dies nicht von uns erzwingen darf und kann.

Lieber Herr Kirchhof, ich wünsche Ihnen – das heißt, ich muss es gar nicht wünschen, denn ich bin mir sicher: dass Sie sich das Stehvermögen, die gelassene Unbeirrbarkeit und damit die souveräne Form des Kampfgeistes bewahren, mit dem Sie Ihre wohlbegründeten Überzeugen gegen die oft nicht eben sachlich, geschweige denn sachgerecht vorgetragenen Einwände und Angriffe verteidigen – daran, und nicht nur daran, dürfen wir uns ein Beispiel nehmen.

Nochmals herzlichen Glückwunsch, Herr Professor Kirchhof!